

- Asylantenwohnheim Zohmannngasse
- Bezirksparteibeamter DDR. Eduard Schock berichtet**
- Aktuelle Themen
- Link zur Bezirkszeitung
- Allgemeine Bezirksartikel
- Anträge und Anfragen



- RSS Feed anmelden
- Newsletter abonnieren
- Seite weiterempfehlen
- Seite drucken

Bezirksobmann DD. Eduard Schock berichtet



Bericht über die von der FPÖ durchgesetzte Bürgerversammlung Thema: Islamische Zentren

„Es sind unsere Politiker, die schuld sind. Sie wissen ganz genau, was sich abspielt, sind aber zu feige etwas dagegen zu unternehmen.“
 „Frau Mospointner, Sie haben uns versprochen wahnsinnig viel. Sie machen im 10. Bezirk gar nichts.“
 Stadthauptmann Lepuschitz: „Es ist kein Geheimnis, dass wir zu wenig Polizei haben.“ (In Favoriten leben 180.000 Menschen und es gibt 300 Polizisten...)
 Stadthauptmann Lepuschitz: „Würde einer meiner Beamten aus der Van der Nüllgasse herausgehen und jedes Delikt anzeigen, käme er keine 300 Meter weit.“
 „Die Polizeibeamten sind ja arm und sagen „Was sollen wir

machen“ und kommen oft gar nicht mehr bei extremen Lärmerregungen.“
 SPÖ-BV Mospointner: „Ich kann niemandem einen Auftrag erteilen. Aber ich versuche zu vermitteln.“
 SPÖ-BV Mospointner: „Ich gehe mit meinem Enkel auch in den Park und sehe dort keine Probleme. Vielleicht haben Sie mich schon gesehen.“
 Bürgerin zu SPÖ-BV Mospointner:
 "Ich finde Ihr Auftreten katastrophal mit Ihrer Präpotenz"

SPÖ leugnet Probleme weiter ab

Diese Zitate stehen stellvertretend für die Realitätsverweigerung und Präpotenz der SPÖ in Favoriten. Laut Bezirksvorsteherin gibt es also „keine Probleme“...

Nachdem die FPÖ bereits im Dezember des Vorjahres eine Bürgerversammlung zu den islamischen Zentren in Favoriten verlangt hat, ist diese nun endlich über die Bühne gegangen. Die von Bürgermeister Häupl nach der Wahl angekündigte Demut vor dem Wähler ließ Bezirksvorsteherin Mospointner freilich gänzlich vermissen. Es begann, dass der Saal mit nur 288 Plätzen viel zu klein war und viele interessierte Bürger von der Polizei nicht zum Veranstaltungsort gelassen wurden und wieder nach Hause geschickt wurden.

Islamzentren - Lärm ohne Ende

„Von Donnerstag bis Sonntag erleben wir die ganze Nacht Gehepe und Geschrei von den Pilgern, die die Hochzeiten in der Kudlichgasse besuchen. In unserer Anlage wurde die Rot-Weiß-Rote Fahne heruntergerissen. Neben Beschmierungen verrichten die Besucher sogar ihre Notdurft in unserer Grünzone“, empört sich ein Herr. Ein Menschenrechtler gibt zu bedenken, dass Moscheen die Integration verhindern und fragt: „Wo bleibt die Freiheit für liberale Moslems und für jene Zuwanderer, die keine Moslems mehr bleiben wollen?“

Am meisten Beschwerden gibt es zum Zentrum in der Ettenreichgasse. „Ich war bei Ihnen. Seit sieben Jahren fragen wir nach, was dort geschieht. Rausgekommen ist nichts. Wir werden immer nur vertröstet.“ Ein anderer Herr beklagt, dass sich in Favoriten in den vergangenen 20 Jahren wahnsinnig viel geändert hätte. Seine blondhaarige Tochter wird von Ausländern grundlos ordinärst beschimpft.

Eine Dame, die in der Gudrunstraße lebt kritisiert wie diese Zentren schleichend entstehen. „Erst werden Lebensmittel verkauft, dann kommt das Gastgewerbe dazu. Später wird es ein Kulturzentrum mit einer Bibliothek und ohne, dass man es als Anrainer erfährt ist zum Schluss eine Moschee entstanden.“

SPÖ nimmt Bürger nicht ernst

In knapp zwei Stunden konnten die Probleme leider nur angerissen werden. Hoffnung geben freilich die Vertreter der Polizei wie Stadthauptmann Lepuschitz und vom Magistrat. Sie wischten nicht alle Kritik weg, sondern versprachen Abhilfe zu schaffen. Einzig die SPÖ-Bezirksvorsteherin Mospointner hatte für die Sorgen der Bürger kein Ohr und beschimpfte die Bürger sogar, als sie kreischte: „Sie haben ja gar keine Ahnung wie das läuft.“ Als sie nachsetzte: „Ich gehe jeder Beschwerde nach“, lachte der ganze Saal.

Noch Fragen?

Islamische Zentren in Favoriten

Utl.: Die Angst der SPÖ vor dem Bürger

Es gibt ein neues Problem in Favoriten: Die islamischen Zentren. Nach vielen Anrainerbeschwerden haben die Favoritner Freiheitlichen dazu eine Bürgerbefragung durchgeführt. Der Rücklauf war enorm: Über 1.000 Favoritner Bürger haben ihre Meinung und ihre Beschwerden dazu kundgetan.

Wir Freiheitlichen lehnen diese islamische Zentren ab, weil sie die Keimzellen einer Gegengesellschaft sind. Die SPÖ fördert diese islamischen Zentren, obwohl diese geradezu ein Hindernis für die Integration sind. Denn dort haben die Muslime alles, damit sie mit uns ja nicht in Kontakt kommen müssen. Alles, damit sie mit der österreichischen Gesellschaft ja nicht in Berührung kommen müssen.

Wir wollen keine Gegengesellschaft

Eine Moschee ist nämlich alles:
 Ein Zentrum in dem Wirtschaft betrieben wird. Supermärkte, Greisler, Restaurants, Kaffeehäuser, Friseure und Fitnessstudios, Freiheitanlagen, Veranstaltungshallen, Hochzeitsfeiern. Das alles ist eine Moschee!
 Und was heißt das für die Anrainer in Favoriten?

Beispiel 1: Kudlichgasse 3-5

Dort sind es vor allem die Hochzeitsfeiern, die die Anrainer terrorisieren. Lärm bis in die Nachtstunden. Belagerung der Kinderspielplätze. Verschmutzung der Grünanlagen. Verrichtung der Notdurft.

Beispiel 2: Hamidiye Moschee in der Ettenreichgasse 38

Dort ist es die rituelle Aufbahrung von Leichen ohne Genehmigung, die die Anrainer erregt. Vor allem aber Straßenfeste an fast jedem Wochenende. Mehrtägige Grillfeste mit Geruchsbelästigung bis nach Mitternacht. Und Lärmterror durch die Koranschule an jedem Sonntag, sodass die Anrainer am Wochenende ihre Fenster nicht mehr öffnen können.

Beispiel 3: Anatolisches Zentrum Gudrunstraße 115

Dort wird unter dem Titel "Anatolische Hilfsorganisation" ein Supermarkt, Gastgewerbe sowie ein Friseur betrieben. Die Beschwerden



in der Gudrunstraße beziehen sich vor allem auf verparkte Gehsteige, Verkauf von Obst und Gemüse am Gehsteig ohne Genehmigung sowie Missachtung der Ladenöffnungszeiten. Denn Einkaufen auch am Sonntag stellt nichts anderes als unlauteren Wettbewerb gegenüber Wiener Betrieben dar.

FPÖ fordert Einhaltung der Gesetze

Für uns Freiheitliche ist klar: Die islamischen Zentren, die in ganz Wien wie Schwammerln aus dem Boden sprießen, sind nichts anderes als Keimzellen einer Gegengesellschaft. Für die SPÖ geht es dabei nur um die vielen neuen muslimischen Wähler. Für uns Freiheitliche ist jedoch klar: Die Gesetze in Wien müssen für alle gleich gelten! Es kann einfach nicht sein, dass die rote Stadtregierung wegen der vielen neuen Wähler die Einhaltung der Gesetze dort überhaupt nicht mehr überprüft. Und noch eines fordern die Wiener Freiheitlichen: Ab einer gewissen Größenordnung sollen neue islamische Zentren einer Volksabstimmung unterworfen werden. Denn die Bürger im Bezirk sollen selbst über ihre Lebensqualität und ihre Zukunft entscheiden können.

Häupls Schadensbegrenzung im Gemeindebau zu spät

Wenn Bürgermeister Häupl jetzt mit Stammtischen versucht die Sicherheit in dieser Stadt wieder herzustellen, dann kann es sich ja wohl nur um einen schlechten Scherz handeln. Denn außer der Aufforderung dass die Bürger selbst für ihre Sicherheit sorgen bzw. dass sie in der U-Bahn besser auf sich und ihre Besitztümer aufpassen müssen erfahren die Bürger dort nichts.

SPÖ frotzelt anständige Bürger

Da werden Förderungen von knappen 20% für Sicherheitstüren angepriesen. Aber eine Höchstsumme von Euro 400,-. Die restlichen Euro 3000,- die man für eine gute Sicherheitstüre benötigt, müssen vom Bürger selbst bezahlt werden. Da müssen sich die Bürger doch g'frotzelt vorkommen.

„Sicherheitsoffensive“ eine einzige Farce

Wie diese angebliche Sicherheitsoffensive bei der Bevölkerung ankommt, konnte man ja ganz deutlich bei der letzten Sicherheitsveranstaltung in Meidling sehen. Dort waren nämlich insgesamt nur 26 Personen anwesend. Darunter 6 Vortragende sowie 14 Politiker und 2 Personen, die für den technischen Aufbau zuständig waren. Rechnet man nach, so kommt man drauf, dass nur 4 Zuhörer - spricht Bürger - anwesend waren. Die Wienerinnen und Wiener wissen schon seit langem, dass Häupl für diese fatale Sicherheitslage in Wien zuständig ist - sie werden ihn mit Recht bei der nächsten Wahl abwählen.

SPÖ plant für neue Zuwanderungswelle

"Jeder darf rein, jeder soll rein", so lautet das Motto in einer bunten Werbebroschüre der Stadt Wien, wo SPÖ-Integrationsstadträtin Frauenberger in Bildgeschichten Anleitungen für Zuwanderung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen gibt. Hier sieht man, dass die Häupl-SPÖ ausschließlich Politik für Zuwanderer und gegen die einheimische Bevölkerung macht.

„Jeder darf rein, jeder soll rein“ – Danke SPÖ!

Angefangen von der Antragstellung in der österreichischen Botschaft etwa in Ankara bis hin zum kostenlosen "Startcoaching" der MA-17 - jeder Schritt wird mit bunten Bildchen gründlich vorgekaut. "Alles Wichtige wird in der Muttersprache erklärt", lautet der Hinweis für alle, die es bei uns finanziell verbessern wollen ohne einen Deka Deutsch sprechen. Diese SPÖ-Politik gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung ist sofort einzustellen, fordert die FPÖ.